

„Vernichtung von 95 Hektar Wald“

Betr.: Artikel „Walsrode wird für die Menschen attraktiver“, WZ vom 24. Dezember 2019

Hat die Walsroder CDU bei der Abwägung zwischen ökonomischen und ökologischen Prioritäten ihren moralischen Kompass verloren, die Zeichen der Zeit nicht erkannt? Nationale wie internationale Abkommen, in denen eindringlich Klimaschutzmaßnahmen gefordert werden, betonen die Notwendigkeit, den Wald wegen seiner hohen Klimarelevanz, seiner für das Überleben der Menschheit unverzichtbaren Schutzfunktionen zu behüten, zu erhalten bzw. wieder aufzuforsten.

Ich halte es für völlig inakzeptabel, dass in dem WZ-Artikel, auf den ich mich beziehe, die CDU Walsrode das geplante Industrie- und Gewerbegebiet Krelinger Heide als alternativlos darstellt, ohne die damit verbundene Vernichtung von rund 95 Hektar Wald auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Wie können die Verantwortlichen diese Ausblendung mit dem C in ihrem Parteinamen nur in Einklang bringen? Wird hier die Verpflichtung kommunaler Politik gegenüber dem inzwischen global formulierten Erfordernis des Wald- und Klimaschutzes abgespalten, verleugnet und sogar in ihr Gegenteil verkehrt? Ich empfehle die Lektüre der am 18. Juni 2015 veröffentlichten Umwelt- Enzyklika von Papst Franziskus („Laudato si' / über die Sorge für das gemeinsame Haus“), in der er ein Wirtschaftsdenken ablehnt, das der Logik von einer kurzfristigen Effizienz verfallen ist und den Vorrang des Klimaschutzes beim Lockruf des Geldes mit Füßen tritt. Der Landesbischof der Evangelischlutherischen Landeskirche Hannover, Ralf Meister, stellte in der Christvesper an Heiligabend in der evangelischen Marktkirche von Hannover im Namen von „Abermillionen Menschen“ die Frage: „Wie wollen wir morgen leben in einer zerstörten Schöpfung?“

Auch im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung wird gefordert, den Wald zur Senkung der Kohlendioxidemission zu erhalten und zu sichern. Warum ignoriert die Walsroder CDU sogar diese bundespolitische Forderung ihrer eigenen Partei? Mit anderen Worten: Im Mikrokosmos Krelingen droht sich zu ereignen, was zu Recht weltweit am Pranger steht. Eine kommunalpolitische Ausrichtung hat keine ethische Legitimation, wenn sie einer kurzatmig kalkulierten Wirtschaftsorientierung einen höheren Stellenwert beimisst als dem klimaschützenden Erhalt einer immensen Waldfläche. Sie verstößt ganz konkret gegen Warnungen und Forderungen der Wissenschaft und gegen übergeordnete politische Entscheidungen. Das ins Feld gerückte Argument, eine expansive gewerblich-industrielle Versiegelungs- und Bebauungspolitik sei notwendig, um Konsumansprüchen zu genügen und sozialen Wohlstand zu generieren, verkennt, dass gerade dieses neoliberale Wirtschaftsparadigma weltweit zum Raubbau an der Natur und einer Klimaentwicklung geführt hat, die den Menschen existenziell bedroht.

Die UN fordern jede Stadt, jede Region, jedes Unternehmen und jeden Menschen zum Kampf gegen den Klimawandel auf. Auch die Kommunalpolitik sollte diesen Appell beherzigen, wenn es eine große Waldfläche zu erhalten und nicht zu zerstören gilt. Bleibt nur zu hoffen, dass die Walsroder CDU ihren „Kippunkt“ noch nicht überschritten hat.

Thomas Bartsch, Krelingen